

Uta C. Schmidt

# Das Netzwerk Frauenforschung NRW

Ein Beitrag zur Bildungs- und Wissenschaftsgeschichte

## 1. Einführung

Im Jahre 2011 blickte das „Netzwerk Frauenforschung NRW“ – heute „Netzwerk Frauen- und Geschlechterforschung NRW“ – auf 25 Jahre in der Wissenschaftspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen zurück.<sup>1</sup> „Raum“ und „Geschlecht“ sind Kategorien, über die sich seine Institutionalisierung in mehrfacher Hinsicht in den Blick bringen lässt. Gleichzeitig wurden diese historischen Kategorien im Prozess der Akademisierung und Professionalisierung des Netzwerks selber konstituiert, verhandelt und hervorgebracht.

Das „Netzwerk Frauenforschung“ bestand 2011 aus 219 Wissenschaftlerinnen und zwei Wissenschaftlern, von denen 93 eine Professur innehatten. Sie lehrten und forschten an insgesamt 29 Hochschulen des Landes mit Arbeitsschwerpunkten in der Frauen-, Geschlechter- und Genderforschung. Kern dieses Netzwerks sind 40 vom nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministerium in den Jahren 1986 bis 1999 eingerichtete Professuren. Seit 1995 organisiert eine finanzierte Koordinationsstelle die Vernetzung untereinander, mit der Landespolitik und mit anderen Wissenschaftsakteur/inn/en national und international. Die Koordinationsstelle dokumentiert außerdem mit dem in dieser Ausführlichkeit in der Bundesrepublik einzigartigen „Gender-Report“ für den politischen Raum Hochschulentwicklungen, Gleichstellungspraktiken und

---

1 Dieser Aufsatz beruht auf einer umfangreicheren Studie zur Geschichte des Netzwerks Frauenforschung; vgl. Uta C. Schmidt, *Das Netzwerk Frauenforschung NRW. Geschichte und Gegenwart einer Wissenschaftsinstitution*, Essen 2012.

Wissenschaftskarrieren in Nordrhein-Westfalen.<sup>2</sup> Sie liefert damit wichtiges statistisches Material für Politiken zu Gleichstellung und Chancengerechtigkeit.

Zu Beginn der 1970er Jahre war die Anwesenheit von Frauen an Hochschulen nicht vorgesehen, allenfalls als Sekretärinnen, Studentinnen, Zuarbeiterinnen oder Reinigungspersonal fanden sie dort Platz. Wo es um Macht, Einfluss, sicheres Einkommen und wissenschaftliches Prestige ging, blieben ihnen die Hochschulen verschlossen. Die Fremdheit, die Entmutigung, die sie dort umgab und die sie zunächst als individuelles Problem mit sich herumtrugen, entpuppte sich erst im gegenseitigen Austausch als verallgemeinerbar: Erst einmal sensibilisiert für die Bedeutung von „Geschlecht“ bei der Statuszuschreibung, zeigte sich die Hochschule als durch und durch androzentrisch vergeschlechtlichter Raum. Das war vor allem in der Hochschullandschaft Nordrhein-Westfalens überraschend, die sich seit den 1960er Jahren durch zahlreiche Neugründungen mit großen Reformambitionen auszeichnete.<sup>3</sup>

Gleichzeitig bildete sich im Austausch von Wissenschaftlerinnen untereinander ein Netzwerk, das den Raum des Landesterritoriums zunehmend mit innovativer Wissenschaft und frauenbewegter, geschlechtersensibilisierter Hochschulpolitik umspannte. Möglich wurde dies, weil sich angesichts gesellschaftlicher Anforderungen auch die Wissenschaftspolitik des Landes zunehmend für die Kategorie „Geschlecht“ öffnete. Im kommunikativen Austausch mit Akteurinnen und Akteuren schuf die Politik Möglichkeitsräume, innerhalb derer die zunächst im Label „Frauenförderung“ verbundene Personal- und Wissensförderung nicht mehr als Bedrohung für die Freiheit der Hochschulen abgewehrt werden musste, sondern als Innovationsschub für Wissenschaft und Organisationsentwicklung anerkannt werden konnte.

Im Mittelpunkt dieser Ausführungen stehen die späten 1970er und die 1980er Jahre, als der Aufbruch von Frauen in den fremden Raum der Hochschule Fahrt aufnahm. Wissenschaftlerinnen begannen, sich in die Wissenschaftspolitik einzumischen; sie etablierten ein für die bundesrepublikanische Entwicklung neues Wissenschaftsfeld. Gleichzeitig geriet auch ihr jeweiliges

2 Vgl. Zweiter Gender-Report 2013. Geschlechter(un)gerechtigkeit an nordrhein-westfälischen Hochschulen, verfasst von Beate Kortendiek, Meike Hilgemann, Jennifer Niegel, Ulla Hendrix, Essen 2014; Erster Gender-Report 2010. Geschlechter(un)gerechtigkeit an nordrhein-westfälischen Hochschulen, verfasst von Ruth Becker, (Teil A, C, D), Anne Casprig (Teil B, C), Beate Kortendiek (Teil B, C, D), A. Sengana Münst (Teil A, C), Sabine Schäfer (Teil B, C, D), Essen 2011.

3 Zur Geschichte der Universität siehe Theresa Wobbe (Hg.), Zwischen Vorderbühne und Hinterbühne. Beiträge zum Wandel der Geschlechterbeziehungen in der Wissenschaft vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Bielefeld 2003.

Gegenüber in Bewegung: Politikerinnen, Politiker und Administrationen entwickelten neue Wege, Gleichstellungsinstrumente zu installieren. Und auch die Institutionen selber lernten dazu.

## 2. Die Ausgangslage

Mit der Gründung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen 1946 begann der Wiederaufbau der drei in den ehemaligen preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen gelegenen Universitäten in Münster, Bonn, Köln sowie der Technischen Hochschule in Aachen.

Zu Beginn der 1960er Jahre kam es in Nordrhein-Westfalen zu einer Welle von Hochschul-Neugründungen: Der Ausbau begann 1961 mit der Universität Bochum, es folgten 1962 die Universität Dortmund, 1963 die Hochschule für Musik, Theater und Tanz in Essen und 1965 auf Grundlage der bestehenden medizinischen Akademie die Universität Düsseldorf. Ebenfalls 1965 erfolgte die Gründung der Universität Bielefeld.

Ab 1971 begann zudem der Ausbau der Fachhochschulen.<sup>4</sup> 1972 entstanden in Duisburg, Essen, Wuppertal, Siegen und Paderborn Gesamthochschulen. Die Gründung der Fernuniversität in Hagen Ende 1973 schließlich stellte etwas gänzlich Innovatives in der Universitätslandschaft nicht nur Nordrhein-Westfalens dar. In einem Zeitraum von dreizehn Jahren, zwischen 1961 und 1974, hatte sich somit das Hochschulsystem tiefer greifend verändert als in seiner gesamten vorherigen Geschichte, zudem in einem Tempo, das in der Bundesrepublik seinesgleichen suchte.<sup>5</sup>

Diese Expansion war nicht allein den zeitgenössischen bildungspolitischen Diskussionen geschuldet – Stichpunkt „Sputnik-Schock“.<sup>6</sup> Seit dem ersten

4 Vgl. Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung, Pressemitteilung „Fachhochschulen können mit Stolz und Selbstbewusstsein auf ihre Arbeit blicken“ vom 21.9.2011.

5 Vgl. Dietmar Petzina, Hochschulen und Strukturwandel, in: Ministerium für Wissenschaft und Forschung NRW (Hg.), *Gaudeamus ... Das Hochschulland wird 50*, Düsseldorf 1996, S. 118–125, hier S. 119.

6 „Sputnik-Schock“ bezeichnet die mentale Erregung, die die Sowjetunion mit ihrem am 4. Oktober 1957 auf die Erdumlaufbahn geschickten künstlichen Satelliten „Sputnik“ auslöste. Er erschütterte mitten im Kalten Krieg den festen technischen Überlegenheitsglauben der USA und den ihrer westlichen Verbündeten. In den USA und mit einiger Verzögerung auch in der Bundesrepublik löste der sowjetische Vorstoß ins Weltall eine intensive Bildungsdiskussion aus, in der die Frage nach der Qualifikation des Human-Kapitals eng mit der Sicherung der internationalen Wettbewerbs-

Kabinetts von Ministerpräsident Franz Meyers von der Christlich-Demokratischen Union (CDU) betrachtete die Landespolitik Hochschulgründungen als Strukturpolitik, um vor allem dem Ruhrgebiet als wirtschaftlicher Kernregion nach der 1957 einsetzenden Kohlekrise neue Perspektiven zu eröffnen. Das Siegerland und Ostwestfalen-Lippe sollten durch den Anschluss an die Wissensgesellschaft Modernisierungsimpulse erhalten.<sup>7</sup> Dieser gewaltige Ausbau des Hochschulbereichs fand jedoch Mitte der 1970er Jahre durch die aufziehende Öl- und Wirtschaftskrise sein Ende.

Die Nachfrage nach Studienplätzen wuchs gleichwohl kontinuierlich. Zunehmend fragten gerade Frauen Hochschulbildung nach, in Nordrhein-Westfalen waren zum Wintersemester 1980/81 bereits 122.618 Studentinnen neben 207.953 Studenten eingeschrieben.<sup>8</sup> Nur 20 % der Bildungsexpansion seit 1960 gingen auf die demografische Entwicklung zurück, 80 % hingegen auf soziale und ökonomische Komponenten wie die zunehmende Bedeutung von Hochschulbildung für die individuelle und gesellschaftliche Entwicklung.<sup>9</sup> Frauen, da ist sich die Forschung zum kulturellen Wandel der Bundesrepublik einig, profitierten überdurchschnittlich von dieser „Bildungsexpansion“. Doch war die Bildungsreform – trotz der öffentlichkeitswirksamen Kunstfigur des „katholischen Arbeitermädchens vom Lande“<sup>10</sup> – nicht Ausdruck einer frauenpolitisch bewussten Bildungspolitik, sondern eine „nicht kalkulierte und nicht beabsichtigte Folgeerscheinung der Reform.“<sup>11</sup>

Ab 1973 führte die zunehmende Wirtschaftskrise zur Stagnation der Ausgaben für die Hochschulen und verringerte die Chancen von Wissenschaftlern

fähigkeit – mithin der Systemkonkurrenz – verknüpft wurde. Vgl. Georg Turner, Hochschule zwischen Vorstellung und Wirklichkeit. Zur Geschichte der Hochschulreform im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts, Berlin 2001, S. 20 f.

- 7 Vgl. Kurt Düwell, Am Anfang waren's vier. Die Hochschullandschaft NRW nach 1946, in: Ministerium für Wissenschaft und Forschung NRW, Gaudeamus (wie Anm. 5), S. 12–25.
- 8 Siehe Tabelle „Anteile an weiblichen und männlichen Studierenden“ in: Schmidt, Netzwerk (wie Anm. 1), S. 17, Berechnung und Grafik: Jennifer Niegel.
- 9 Vgl. Turner, Hochschule (wie Anm. 6), S. 33, mit Verweis auf Harry Maier, Bildungsökonomie. Die Interdependenzen von Bildungs- und Beschäftigungssystem, Stuttgart 1994, S. 27.
- 10 Vgl. Rolf Becker, „Das katholische Arbeitermädchen vom Lande“ – Ist die Bildungspolitik ein Opfer einer bildungssoziologischen Legende geworden?, in: Claudia Crott/Walter Herzog/Philipp Gonon (Hg.), Pädagogik und Politik. Historische und aktuelle Perspektiven, Bern u. a. 2007, S. 177–204.
- 11 Annette Kuhn, Kopfgeburten reichen nicht. Frauen in der Wissenschaft, in: Kristine von Soden (Hg.), Der große Unterschied. Die neue Frauenbewegung und die siebziger Jahre, Berlin 1988, S. 80–86, hier S. 83.

und Wissenschaftlerinnen auf eine Verlängerung und Entfristung ihrer Verträge. Das Ende der bildungspolitischen Expansion traf die Frauen, die zunehmend den Raum der Universität bevölkerten, unverhältnismäßig hart: „Sie wurden quasi für ihren erfolgreichen Weg ins akademische Leben bestraft.“<sup>12</sup> Denn sie erklimmen mittlerweile zielstrebig alle Qualifikationsstufen und forderten die Hochschule zunehmend auch für sich als Arbeitsplatz. Doch dort trafen sie auf eine der Institution Universität eingeschriebene Kultur des „Nichtvorhergesehenens“ und der Entmutigung. Ein im Nationalsozialismus radikalisiertem Antifeminismus gegenüber Akademikerinnen und die restituierten Rollenzuschreibungen für Frauen im Wiederaufbau nach 1945 versahen die tradierten institutionellen Strukturen mit einer zeitspezifischen Note.<sup>13</sup> Wissenschaftlerinnen beschrieben 1960 diese mentale Gemengelage: „Man traut Frauen weniger abstrakte intellektuelle Leistungen zu“, „man rechnet damit, dass sie [Frau] ja doch nicht langfristig wissenschaftlich tätig sein wird“ oder: „Die Eignung von Frauen für wissenschaftliche Arbeit erscheint immer noch fraglich. Man registriert höchstens erstaunt, dass sie es doch recht gut macht.“ Und: „Habilitationen sind schon eher möglich als früher, viel weiter kommen sie aber nicht.“<sup>14</sup>

### 3. Ein Arbeitskreis gründet sich

Im Jahre 1976 erhielt die junge Soziologin Sigrid Metz-Göckel (geb. 1940) einen Ruf an die Universität Dortmund. Sie hatte in Gießen bei Helge Pross, einer der wenigen Soziologinnen in Deutschland, promoviert und dort auch ein erstes Seminar zur aktuellen Frauenbewegung durchgeführt. Nun brachte sie den Elan der ersten „Sommeruniversität für Frauen“, die 1976 in Berlin stattfand,<sup>15</sup>

12 Ebd., S. 80.

13 Vgl. Karin Hausen, Strittige Gleichberechtigung. Studentinnen an deutschen Universitäten seit Herbst 1945, (2006), in: Themenportal Europäische Geschichte <<http://www.europa.clío-online.de/2006/Article=117>> (1.7.2014); vgl. Claudia Huerkamp, Bildungsbürgerinnen. Frauen im Studium und in akademischen Berufen 1900–1945, Göttingen 1996.

14 Stimmen zit. nach Brigitte Bimmer, Zum Selbst- und Fremdbild von Wissenschaftlerinnen. Erste Teilergebnisse einer empirischen Studie, in: Ulla Bock/Anne Braszeit/Christiane Schmerl (Hg.), Frauen an den Universitäten. Zur Situation von Studentinnen und Hochschullehrerinnen in der männlichen Wissenschaftshierarchie, Frankfurt a. M./New York 1983, S. 153–169, hier S. 159 f.

15 Vgl. die Dokumentation der Sommeruniversität: Gruppe Berliner Dozentinnen (Hg.), Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen, [Berlin] 1976.

ins Ruhrgebiet. Ihre Lehrstuhlmittel wollte sie auch in die Förderung von Frauen und von Frauenforschung an der Universität einfließen lassen. Den Rahmen bot ihr ein Modellprojekt zur hochschulpädagogischen Ausbildung. So lud sie im Wintersemester 1979 Wissenschaftlerinnen aus ganz Nordrhein-Westfalen zu einem Treffen nach Dortmund ein: „Frauen als Lehrende und Lernende an der Hochschule“. Die Adressen potenzieller Teilnehmerinnen hatte sie mühevoll aus den Vorlesungsverzeichnissen der Landesuniversitäten ermittelt. Ihre Analyse im Anschreiben lautete: „Frauen sind an der Hochschule als Lehrende immer noch vereinzelt, aber ihre besonderen Erfahrungen sind allgemein.“<sup>16</sup>

Mehr als 70 Frauen kamen nach Dortmund und machten nach anfänglichem Zögern ihre Isoliertheit zum Thema. Anne Schlüter, damals wissenschaftliche Mitarbeiterin auf einer befristeten Stelle, blickte zurück:

„Ich kann mich auch noch recht gut an die erste Vorstellungsrunde erinnern, wo dann alle gesagt haben, in welcher Hochschule sie arbeiten und wie es ihnen geht. Und die ersten zehn haben immer gesagt, ja, mir geht es ganz toll und so. Dann habe ich gesagt, das sehe ich aber nicht so! Ich werde nicht gefördert von meinem Chef [ ]. Ich bin überhaupt nicht präsent in seiner Wahrnehmung als wissenschaftlicher Nachwuchs [...]. Der übersieht mich immer. Und dann gab es einen Ruck, dass nach mir auch andere diese Erfahrungen geschildert haben. Dann war der Bann gebrochen. Die meisten Klagen lauteten immer: Ich werde überhaupt nicht wahrgenommen, ich bekomme keine Anerkennung für meine Arbeit, ich komme nicht weiter [...]. Das förderte die Angst, nach Auslaufen der Stellen nicht mehr bleiben zu können.“<sup>17</sup>

Rund zwanzig Wissenschaftlerinnen schlossen sich im Januar 1980 zu einem Arbeitskreis, dem AK Wissenschaftlerinnen, zusammen. Er wuchs schnell auf einen rund 40-köpfigen festen Stamm von Aktiven an. Sie machten sich an eine im zeitspezifischen Denken nicht voneinander zu trennende Aufgabe: gegen

16 Zit. nach Jutta de Jong/Anne Schlüter, *Weib und Wissenschaft im Widerspruch*, in: Anne Schlüter/Christine Roloff/Maria Anna Kreienbaum (Hg.), *Was eine Frau umtreibt. Frauenbewegung – Frauenforschung – Frauenpolitik*, Pfaffenweiler 1990, S. 13–26, hier S. 14.

17 Interview mit Anne Schlüter in Essen am 24.8.2011. Anne Schlüter ist heute Professorin für Weiterbildung und Frauenbildung mit dem Lehrgebiet Erwachsenenbildung/Bildungsberatung an der Universität Duisburg-Essen, Sprecherin des Netzwerks Frauen- und Geschlechterforschung und Leiterin der Koordinationsstelle an der Universität Duisburg-Essen.



Abb. 1: Professorin Sigrid Metz-Göckel (rechts) mit einer Studentin im Frauenarchiv der Universität Dortmund 1981

die Benachteiligung von Frauen im Wissenschaftsbetrieb vorzugehen sowie sich für den Ausbau von Frauenforschung und -studien einzusetzen. In den sich verschärfenden Verteilungskämpfen der 1980er Jahre sahen sie sich mit den historisch akkumulierten, tief sitzenden Deutungsmustern konfrontiert, die vom Mann als Ernährer der Familie über die Geistigkeit als Privileg von Männern bis hin zur Unfähigkeit von Frauen zu wissenschaftlicher Hingabe reichten und die die hochschulspezifische Kultur der „Nichtbeachtung“ und des „Außenseitertums“ immer wieder neu speisten.

Wie meistens in solchen Suchbewegungen und Gruppenbildungen mussten sich die zum AK Wissenschaftlerinnen gehörenden Frauen sofort am härtesten mit Vorwürfen aus den eigenen Reihen auseinandersetzen, nichts weiter als „nur eine *Pressuregroup für Karriereweiber*“<sup>18</sup> zu sein. Dabei war es gar nicht von Anfang an klar, dass der Arbeitskreis in dieser Form die Interessen von Wissenschaftlerinnen vertreten würde:

18 Anne Schlüter, Frauen im Wissenschaftsbetrieb. Probleme und Perspektiven am Beispiel des „Arbeitskreises Wissenschaftlerinnen an den Hochschulen in NW“ – Arbeitsgruppe 14 auf der Bremer Frauenwoche 1982, in: Wissenschaftlerinnen-Info 3 (Dez. 1983), S. 1–10, hier S. 8 (Hervorhebung im Text).

„Gerade um die Gemeinsamkeiten mit anderen Frauengruppierungen zu dokumentieren, wurden Überlegungen angestellt, ob wir nicht andere Hochschulfrauen wie die Studentinnen und die Frauen in den technischen Labors und in der Verwaltung, aber auch außeruniversitäre Frauen-Initiativen miteinbeziehen sollten.“<sup>19</sup>

Erst in intensiven Aushandlungs- und Diskussionsprozessen kristallisierte sich das eigene Selbstverständnis heraus:

„Unsere Minderheitensituation am Arbeitsplatz Uni ist der gemeinsame Ausgangspunkt unserer Organisation als einer autonomen Frauenlobby. Wir haben keine Stellvertreter, wir vertreten uns selbst, wir arbeiten für unsere eigene Reproduktion. Wir wollen in der Wissenschaft bleiben – uns macht die Arbeit Spaß – und wir müssen in der Wissenschaft bleiben, damit die Unterdrückung der Frau durch Wissenschaft aufgehoben und nicht in einer wirtschaftlichen Krisensituation neu legitimiert wird.“<sup>20</sup>

Die Wissenschaftlerinnen leiteten ihren Anspruch auf den Raum Hochschule und das Feld der Wissenschaft nicht ausschließlich formal aus dem Gleichheitsgebot des Grundgesetzes ab. Sie formulierten ihn im Sinne aufklärerischer Praxis als notwendige Voraussetzung, um die Wissenschaft aus ihrer Rolle als Legitimationsfundus für Geschlechterhierarchien herauszuführen und neues Wissen für eine geschlechtergerechtere Ordnung der Gesellschaft insgesamt zu entwickeln.

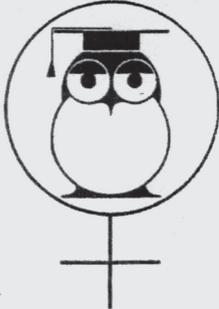
#### 4. Das „Memorandum 1“

In einem Prozess des „learning-by-doing“ formierten sich die zentralen Arbeitsfelder des AK Wissenschaftlerinnen heraus: Sie bestanden vor allem in der Erhebung belastbarer empirischer Daten zur Situation von Wissenschaftlerinnen – zu einer Zeit ohne allseits verfügbare Computer samt leicht einzusetzender Software, zu einer Zeit ohne gendersensible Statistiken, ohne Unterstützung durch Hochschulverwaltungen. Weitere Arbeitsfelder zielten auf die Wissenschaftspolitik, die Vernetzung untereinander und mit anderen Aktiven, auf

19 Ingeborg Stahr, Der Arbeitskreis Wissenschaftlerinnen in NRW – drei Phasen seiner Entwicklung, in: Schlüter u. a., Was eine Frau umtreibt (wie Anm. 16), S. 27–39, hier S. 29.

20 Anne Schlüter, zit. nach Wissenschaftlerinnen-Info Nr. 2 (Dez. 1982), S. 1.

**ausZeiten**  
 Bildung, Information, Forschung und  
 Kommunikation für Frauen e.V.  
 Josephinenstraße 71 - 44807 Bochum  
 Telefon 0234 - 503282



---

januar '81

---

# memorandum und dokumentation zur situation von wissenschaftlerinnen an den hochschulen von nw und vorschläge zu ihrer verbesserung

---

Adressen der Kontaktfrauen an den Hochschulen:

Aachen,	RWTH-Aachen, Postfach, 5100 Aachen, Th. Sauter-Bailliet
Bielefeld,	Universität Bielefeld, Universitätsstraße, 4800 Bielefeld 1, C. v. Werlhol
Bochum,	Ruhr-Universität, Universitätsstraße 150, 4630 Bochum, J. de Jong
Dortmund,	Universität Dortmund, Postfach 500 500, 4600 Dortmund 1, D. Obermaier Fachhochschule Dortmund, Hohe Str. 141, 4600 Dortmund 1, A. Fink Universität Dortmund, HDZ, Rheinlanddamm 199, 4600 Do. 1, S. Metz-Göckel
Düsseldorf,	Universität Düsseldorf, Postfach, 4000 Düsseldorf, Th. Sünger
Duisburg,	Gesamthochschule, Lotharstraße 63, 4100 Duisburg, M. Thiele-Wittig
Essen,	Gesamthochschule, Universitätsstraße 2, 4300 Essen, I. Stahr
Wuppertal,	Gesamthochschule, Gaußstraße, 5600 Wuppertal, U. Knapp

Abb. 2: Titelblatt des Memorandums I, 1981

interne Weiterbildung und auf eine breite Öffentlichkeitsarbeit.<sup>21</sup> Gestärkt im losen Gruppenzusammenhalt betraten die Frauen des landesweiten Arbeitskreises als fordernde Akteurinnen den Raum der Hochschulpolitik. Dabei profitierten sie von dem zunehmenden Handlungsdruck, den die gesamte „Frauenbewegung“ in Politik und Öffentlichkeit zu erzeugen vermochte.

Im Jahre 1981 präsentierte der Arbeitskreis auf einer Pressekonferenz an der Universität-Gesamthochschule Essen sein erstes Memorandum: Der Text war ironisierend mit Schleifchen und Spülbürsten verziert, als er den Pressevertretern überreicht wurde. Die Spülbürsten dienten im Laufe der Veranstaltung auch als „Argumentationshilfe“, denn sie fungierten als Schlaginstrumente, mit denen die Wissenschaftlerinnen lautstark ihre Forderungen unterstrichen. Als Logo wählte der AK Wissenschaftlerinnen die Eule – in der westlichen Welt als Symbol für Weisheit bekannt – mit Doktorhut im Frauenzeichen.

Der Zeitpunkt der Veröffentlichung war strategisch gesetzt, denn die Hochschullandschaft stand angesichts stetig ansteigender Studierendenzahlen und rapide sinkender Steuereinnahmen bei gleichzeitig immensen Ausgaben zur sozialen Abfederung des montanindustriellen Strukturwandels vor einer Neuordnung.<sup>22</sup> Zudem zwang die Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes 1976 auf Bundesebene die Länder, ihr Hochschulrecht anzupassen.<sup>23</sup> Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hatte im November 1979 das „Gesetz über die Wissenschaftlichen Hochschulen und die Fachhochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen in Umsetzung des Hochschulrahmengesetzes“ (WissHG) verabschiedet. Es verknüpfte eine Neuordnung der Personalstruktur im Hochschulbereich mit einer Stelleneinsparung. Dies ließ für den Aufbruch der Frauen hinein in die Hochschulen nichts Gutes vermuten, denn die „Übernahme als Professor bzw. Hochschulassistent“ (sic!) war an eine doppelte Prüfung gebunden: ob die qualitativen Voraussetzungen der Antragstellenden für die Einstellung als Professor oder Professorin erfüllt waren und ob weiterhin Bedarf vorhanden sei. Die Hochschulen mussten jedoch auf jeden Fall dem Ministerium Stellen zur Streichung vorschlagen.

Da zudem die entscheidenden Gremien wie Überleitungskommissionen, Fachbereichsräte und Senate traditionell männerlastig besetzt waren, zeichnete sich eine Verschärfung der Ausgrenzung von Wissenschaftlerinnen ab, bei der sich strukturelle, personelle und organisatorische Aspekte gegenseitig zu bestärken schienen. Denn Frauen hatten im Hochschulbereich die Fünf-Pro-

21 Vgl. ebd., passim.

22 Vgl. Stefan Goch, Eine Region im Kampf mit dem Strukturwandel: Bewältigung von Strukturwandel und Strukturpolitik im Ruhrgebiet, Essen 2002.

23 Vgl. Turner, Hochschule (wie Anm. 6), S. 26.

zent-Hürde erst für die unteren Qualifikationsränge überwunden und nur wenige Stellen waren überhaupt für die Überführung in eine Professur vorgesehen. In den Entscheidungsgremien dominierten Männer. Die Überleitungslisten, die der AK Wissenschaftlerinnen akribisch analysierte, machten deutlich: Die „neue“ Personalstruktur würde eine „95–98 %ige Männerquotierung sein“<sup>24</sup> – mit langfristigen Folgen für das Geschlechterverhältnis in qualifizierten Hochschulpositionen. Zudem sollten Stellen gezielt in solchen Studiengängen abgebaut werden, die erkennbar und auf absehbare Zeit am Markt vorbei ausbildeten – vor allem Geisteswissenschaften, Pädagogik und Sonderpädagogik. Dies waren jedoch zugleich Studiengänge mit den vergleichsweise höheren Anteilen weiblicher Lehrender und Lernender. In den traditionell männlich geprägten und „marktorientierten“ Natur- und Ingenieurwissenschaften hingegen wurde die personelle Besetzung nicht zurückgefahren.

1981 forderte das vorgelegte Memorandum deshalb ein „Antidiskriminierungsprogramm für Frauen an der Hochschule“. Es argumentierte auf dem Hintergrund einer erfahrungsgesättigten Situationsanalyse, die sich zu drei grundlegenden Feststellungen verdichtete: 1. „Die Tatsache der geringen weiblichen Repräsentanz in der Hochschule ist bisher aus der öffentlichen wie hochschulinternen Diskussion weitgehend verdrängt.“ 2. „An den Hochschulen werden Frauen offen oder versteckt diskriminiert. Frauen müssen mehr leisten, um in vergleichbare Positionen aufzurücken.“ Und 3.: „Die Arbeits- und vor allem die Qualifizierungsbedingungen für das wissenschaftliche Personal in der Hochschule sind heute so rigide und starr, dass sie den Frauen oft eine endgültige Entscheidung gegen eigene Kinder [und ihre Erziehung] abverlangen.“<sup>25</sup> Die daraus abgeleiteten vier Kernforderungen argumentierten nun ganz konkret im Horizont des WissHG, das vorgab, „die Bedürfnisse der beruflichen Praxis und die notwendige Veränderungen in der Berufswelt zu überprüfen und weiterzuentwickeln“.<sup>26</sup> Gefordert wurde die effektive Absicherung einer 50-prozentigen Frauen-Quote für qualifizierte Arbeitsplätze, die Abschaffung der Benachteiligung von Frauen mit Kindern in der Wissenschaft, die Einrichtung von Frauenbeauftragten an Hochschulen sowie die Finanzierung des Ausbaus von Frauenforschung und Frauenstudien.

24 Arbeitskreis Wissenschaftlerinnen von NRW (Hg.), Memorandum I: memorandum und dokumentation zur situation von wissenschaftlerinnen an den hochschulen von nw und vorschläge zu ihrer verbesserung, Dortmund 1981, S. 4, Bestand Koordinations- und Forschungsstelle Netzwerk Frauen- und Geschlechterforschung NRW (KFNFG NRW) (unfol).

25 Ebd. S. 5 f.

26 WissHG, § 6, Abs. 1.

Zwei dieser Positionen enthielten geradezu revolutionäre Dimensionen: So sollten die Forderungen zur Abschaffung der familienfeindlichen Arbeits- und Qualifizierungsbedingungen auch für Männer in vergleichbarer Situation gelten. Die Forderung nach einer 50-Prozent-Quote für Frauen sorgte im Jahre 1980 – wie noch heute – für erheblichen Zündstoff. Denn zu diesem Zeitpunkt wurde eine Quotierung – außer bei der Partei „Die Grünen“ – als verfassungswidrig interpretiert, da sie vermeintlich Frauen privilegierte und Männer diskriminierte.<sup>27</sup> Für die hochschulpolitischen Akteurinnen hingegen stellte die Quotenfrage geradezu emblematisch „die Machtfrage in der Wissenschaft“ und fungierte als Steuerungsinstrument gegen eine quasi naturwüchsig als Automatismus vorgestellte Gleichberechtigungspolitik.<sup>28</sup>

Der AK Wissenschaftlerinnen schuf mit diesem ersten Memorandum – und den im Jahre 1984 und 1996 folgenden – einen Diskursraum für seine hochschulpolitischen Forderungen. Zur wichtigsten Strategie wurde die Einflussnahme auf das zuständige Ministerium in Düsseldorf. So umschifften die Akteurinnen des Arbeitskreises personelle Machtkonstellationen an den eigenen Universitäten, die sie immer wieder in ihrer systemischen Logik als ausgrenzend erfuhren. Sie unterliefen die ihnen zugewiesenen untergeordneten Positionen innerhalb des vergeschlechtlichten Raumes der Hochschulen, während sie sich gleichzeitig selbstbewusst einen Bündnispartner suchten, der an übergeordneter Stelle agierte.

## 5. Frauenbewegung im Ministerium

Der AK Wissenschaftlerinnen suchte das Gespräch mit der Ministeriumsspitze. Der frisch bestellte Wissenschaftsminister Reimut Jochimsen schlug zum ersten Treffen seinen Beamten ein weiches, deeskalierendes Vorgehen mit den „auführerisch“ imaginierten Wissenschaftlerinnen vor: So servierten bei dem ersten Zusammenkommen im Ministerium nicht Sekretärinnen den Kaffee, sondern männliche Beamte seines Hauses.<sup>29</sup> Bis heute besteht allerdings bei einigen der damaligen Ministerialen das Bild von einer „radikalen Gruppe“,<sup>30</sup> die mit einem „Go In“ ins Ministerium eindrang und „fahnschwenkend“

27 Vgl. Regina Lang, *Frauenquoten. Der einen Freud, des anderen Leid*, Bonn 1989.

28 Sigrid Metz-Göckel, *Bewegte Politik – fünfundzwanzig Jahre feministische Frauenhochschulpolitik des Arbeitskreises Wissenschaftlerinnen NRW*, in: *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis* 66/67 (2005), Köln, S. 87–102.

29 Ebd., S. 87.

30 Ebd., S. 87.

(Anke Brunn) ihre Forderungen unterstrich. Die damaligen Akteurinnen finden sich hingegen in dieser Erinnerung nicht wieder, sondern behielten sich als „sehr gesittete, sehr anständige, in der Regel in den gepflegten Verkehrsformen bleibende Gesprächspartnerinnen“ in Erinnerung.<sup>31</sup> In diesen heute noch aufscheinenden Erinnerungsszenarios hat sich eine Spur jener Aufregung erhalten, die die Gruppe von zumeist jungen Frauen tatsächlich im Raum des Ministeriums ausgelöst hatte:

„Wenn wir in das Ministerium gefahren sind, waren wir eine Gruppe von meistens 15 bis 20 Frauen, häufig mit Kindern, die mussten mitgenommen werden, weil die Frauen sie nicht immer wegorganisieren konnten. Es war also immer ein gewisser Aufruhr, begleitet von Lachen und allem, was dazu gehört, wenn so eine große Gruppe unterwegs ist – es war auch immer etwas Farbenfrohes, wenn wir unterwegs waren, und das war ungewöhnlich. Normalerweise kamen zu Terminen ins Ministerium nur zwei, drei Gesprächspartner. Nun mussten häufig neue Räume gesucht werden, weil wir nicht alle in den reservierten Raum passten. Es war eigentlich immer etwas trubelig und hat so den Rahmen der Konventionen gesprengt.“<sup>32</sup>

Der AK Wissenschaftlerinnen öffnete die Räume des Ministeriums auch für Kinder und Kinderwägen – Minister Hans Schwier trug höchstpersönlich den Kinderwagen von Margot Gebhardt-Benischke die Treppen hinauf.

Vor- und Darstellungen von Aufruhr und Furor werden durch das dokumentierte Arbeitspensum des AK Wissenschaftlerinnen nicht bestätigt. Es zeugt zwischen 1980 und 1983 von Disziplin und Zielgerichtetheit. Mitglieder des Arbeitskreises publizierten, wurden zu Tagungen von Stiftungen, Parteien und Vereinen eingeladen, organisierten Lehrveranstaltungen zu frauenspezifischen Themen und schufen inhaltliche Diskussionszusammenhänge, um sich und ein interessiertes Publikum weiterzubilden. Der Arbeitskreis verstand sich als Teil einer sozialen Bewegung und sein Konzept von Wissenschaft als Praxisform der Frauenbewegung.

31 Sigrid Metz-Göckel in einem Gespräch mit Anke Brunn, Beate Kortendiek und Uta C. Schmidt am 21.7.2011 in Köln.

32 Interview mit Anne Schlüter in Essen am 24.8.2011.

## 6. Frauenforschung in der Universität

Langsam öffneten sich weitere Räume. So beschloss der Senat der Universität Bielefeld im Juli 1982 nach turbulenter Diskussion die Einrichtung einer interdisziplinären Forschungsgruppe Frauenforschung. Universität und Ministerium stellten für vier Jahre Räume und Haushaltsmittel für eine wissenschaftliche Mitarbeiterin, eine Bürokraft sowie Sachleistungen zur Verfügung. Nach drei Jahren sollte die geleistete Arbeit einem Begutachtungsverfahren unterzogen werden, um herauszufinden, ob und unter welchen Bedingungen „Frauenforschung“ an der Universität Bielefeld weitergeführt werden konnte.<sup>33</sup> Bielefeld beheimatete nun die erste Einrichtung in Nordrhein-Westfalen zur Frauenforschung an einer Universität. Doch Gegner – Männer wie Frauen – wollten keine neue Forschungsstelle, sah doch der kurz zuvor veröffentlichte Stellenstreichungsplan des neuen Wissenschaftsministers Schwier vor, dass Bielefeld über 100 Stellen verlieren sollte. Ein Verteilungskampf begann.

In diese Bewegung von Öffnung und Schließung platzte der sogenannte Bielefelder „Historiker/innen-Streit“, der die Gemüter weit über die Geschichtswissenschaften hinaus erregte. Als in Bielefeld mehr als 200 Historikerinnen auf einem „Historikerinnen-Treffen“ in ganztägigen Arbeitsgruppen „Frauenhandeln und Geschlechterordnungen in Geschichte und Geschichtswissenschaft“ diskutierten und dies – ganz im Selbstverständnis großer Teile der damaligen Frauenbewegung – nur unter Frauen tun wollten, war die Steilvorlage gefunden, das Pflänzchen „Bielefelder Frauenforschung“ auf das Heftigste zu diskreditieren. So setzte der Historiker Jürgen Kocka in einem Schreiben den Ausschluss männlicher Wissenschaftler von der Abschlussdiskussion der Tagung mit der Verfolgung im Nationalsozialismus gleich und bezichtigte die Organisatorinnen der Veranstaltung des Sexismus und Rassismus.<sup>34</sup> Mit dem Aufreger über ausgeschlossene Männer in der Frauenforschung wurde zwar auf den ersten Blick von dem strukturellen Problem der Frauen in der Wissenschaft abgelenkt. Bei genauerem Hinsehen machte der Skandal jedoch erneut deutlich, dass der Raum der Universität vor dem Hintergrund harter Verteilungskämpfe für Frauen und Frauenforschung ein unwirtlicher blieb – asymmetrisch geschlechtsspezifisch vermachtet.

33 Vgl. Wissenschaftlerinnen-Info Nr. 2 (Dez. 1982), S. 30–33.

34 Jürgen Kocka, Brief an die Geschäftsstelle Frauenforschung, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 5 (1981), S. 123. Vgl. dazu den Offenen Brief der AG Frauenforschung an der Universität Bielefeld in: ebd., S. 119–122; sowie die Berliner Historikerinnen-Gruppe, Offener Brief an den Rektor der Universität Bielefeld, in: ebd., S. 124–128.

## 7. Anke Brunn als Wissenschaftsministerin

Nach der Landtagswahl 1985 ernannte Ministerpräsident Johannes Rau neben zehn weiteren Ministern Anke Brunn als Ministerin für Wissenschaft und Forschung. Der 1942 geborenen Jungsozialistin eilte damals der Ruf voraus, die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen seit den frühen 1970er Jahren mit Forderungen nach „Auflösung der tradierten sozialen Geschlechtsrollen“ zur Beseitigung der „kapitalistischen Klassengesellschaft“<sup>35</sup> radikalisiert und an die außerparlamentarische Frauenbewegung herangeführt zu haben.<sup>36</sup>

Zum ersten Mal beschäftigte sich in Nordrhein-Westfalen auch eine Regierungserklärung mit Frauen in Forschung und Lehre und steckte so den politischen Raum für Gestaltung ab. Es hieß: „Die Landesregierung wird darauf hin-



Abb. 3: Ministerpräsident Johannes Rau und sein drittes Kabinett mit Anke Brunn als Wissenschaftsministerin vor der alten Staatskanzlei in Düsseldorf 1985; v.l.n.r.: Helmut Müller-Reinig, Hans Schwier, Dr. Christoph Zöpel, Günter Einert, Anke Brunn, Dr. Herbert Schnoor, Dr. Dr. hc. Johannes Rau, Dr. Diether Posser, Hermann Heineemann, Klaus Matthiesen, Prof. Dr. Reimut Jochimsen, Rolf Krumsiek, Dr. Klaus Dieter Leister

35 SPD-Frauen. Anders als Annemarie, in: Der Spiegel vom 19.3.1973, S. 52.

36 Vgl. Lang, Leid (wie Anm. 27), S. 89.

wirken, daß die Möglichkeiten der Frauen in Forschung und Lehre verbessert werden.“<sup>37</sup>

Auch außerhalb Nordrhein-Westfalens dynamisierte sich das Aktionsfeld Frauenförderung an der Hochschule – in Berlin, in Hamburg und anderswo. So schuf das Hochschulrahmengesetz nach seiner dritten Novellierung im Jahre 1985 den hochschulrechtlichen Rahmen für das Amt der Frauenbeauftragten.<sup>38</sup> Im Juli 1986 legte das Wissenschaftsministerium in Nordrhein-Westfalen „Grundsätze über die Frauenförderung an den Hochschulen“ vor.<sup>39</sup> Selbst der Wissenschaftsrat – jenes höchste wissenschaftspolitische Beratungsgremium der Bundesrepublik<sup>40</sup> – verknüpfte 1988 erstmalig seine Empfehlungen zu den „Perspektiven der Hochschulen in den 1990er Jahren“ mit Anregungen zur Verbesserung der Situation von Frauen.<sup>41</sup> Nach dem Gutachten des ehemaligen Verfassungsrichters Ernst Bender setzte sich eine Rechtsauffassung durch, die positive Aktionen zugunsten von Frauenförderung bestätigte. Damit war ein neuer Rechtsrahmen für politisches Handeln gegeben.

Ministerin Anke Brunn setzte allerdings übereilten Hoffnungen der hochschulpolitischen Frauenbewegung erste Dämpfer auf, denn auch sie war in ihrem politischen Handeln der Hochschulautonomie, dem Gleichheits- und Qualitätsgebot sowie beamtenrechtlichen Grundsätzen verpflichtet. Doch war sie bereit – und durch die Regierungserklärung auch dazu verpflichtet – all ihre ministerielle Macht im Hochschulbereich auszuschöpfen. Als sie während enervierender Berufungsverfahren in Bonn (Geschichte), Bielefeld (Soziologie) und Paderborn (Literaturwissenschaft) erfahren musste, wie trotz ministerieller Erlasse und Selbstverpflichtungen von Fakultäten immer wieder Mechanismen ineinander griffen, um Frauen und Frauenforschung die von der Qualität her gebotene Position zu verwehren, griff Anke Brunn Ideen der hochschulpolitischen Frauenbewegung auf. Sie institutionalisierte das „Lehrgebiet Frauengeschichte“ an der Universität Bonn mit einer Professur für Annette Kuhn und sah dies als ersten Knoten für ein „Netzwerk Frauenforschung Nordrhein-Westfalen“. Im Bild eines Netzwerks ließ sich ihr politisches Konzept stimmig

37 Vgl. Johannes Rau, Wir erneuern Nordrhein-Westfalen – ökologisch und ökonomisch. Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen am 10.6.1985, Düsseldorf 1985, S. 26.

38 Vgl. Hildegard Matthies/Karin Zimmermann, Gleichstellung in der Wissenschaft, in: Dagmar Simon/Andreas Knie/Stefan Hornbostel (Hg.), Handbuch Wissenschaftspolitik, Wiesbaden 2010, S. 193–209, hier S. 201.

39 Vgl. Petra Schmitz in: Wissenschaftlerinnen-Info Nr. 9 (1988), S. 2.

40 Vgl. Turner, Hochschule (wie Anm. 6), S. 21.

41 Wissenschaftsrat (Hg.), Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu den Perspektiven der Hochschulen in den 90er Jahren, Köln 1988, S. 212 und 227–229.

in Fach- wie Medienöffentlichkeiten hinein vermitteln. Es umschiffte die Kritik der auf Autonomie bedachten Hochschulen und hinterließ weder den Eindruck, das Prinzip der Bestenauslese auszuhöhlen, noch nährte es den Vorwurf, in die Forschungs- und Lehrfreiheit einzugreifen. Vor allem verabschiedete sich Anke Brunn damit von punktuellen Lösungen, wurde ihr doch immer wieder anschaulich vor Augen geführt, welche Beharrungskräfte an den Hochschulen wirkten und wie Sonderprogramme für Hochqualifizierte im Wissenschaftsbetrieb am weiblichen Nachwuchs vorbeigingen.

Das Fass lief schließlich über, als sogenannte „Fiebiger Professuren“<sup>42</sup> geschaffen werden konnten, um forschungsaktive Fächer zu stärken, den Generationenwechsel an den Hochschulen fließender zu gestalten und um den „Studentenberg“ abzufedern: Die nordrhein-westfälischen Hochschulen schlugen für dieses Sonderprogramm ausschließlich Männer vor. Daraufhin weigerte die Ministerin sich, irgendeine Stelle aus diesem Programm freizugeben, denn die Datensammlungen des AK Wissenschaftlerinnen und das Material des Landesamtes für Statistik hatten ihr gleichzeitig empirisch vor Augen geführt, wie groß das Potenzial an weiblichem hochqualifiziertem Nachwuchs war.<sup>43</sup> Anke Brunn erinnerte sich: „Plötzlich, binnen einiger Tage, wurde nach den Männern auch vielversprechender weiblicher wissenschaftlicher Nachwuchs für das Programm gemeldet und es konnte auf den Weg gebracht werden.“<sup>44</sup> So entstand die Idee, das Sonderprogramm verstärkt für Frauenforschungsprofessuren einzusetzen. In der Regel wurden diese Professuren mit einer Teil-Denomination „Frauenforschung“ versehen, hatten also zunächst ganz normal das jeweilige Forschungsfeld zu vertreten, unter zusätzlicher Berücksichtigung von Frauen- oder Geschlechterforschung. So wurde für die Hochschulen ein finanzieller Anreiz geschaffen, denn bis zur Übernahme dieser Stellen in den regu-

42 Diese Professuren wurden nach Nikolaus Fiebiger benannt, Präsident der Universität Erlangen-Nürnberg, der bereits im Ausbau der Universitäten in den 1970er Jahren nachwies, dass es für den wissenschaftlichen Nachwuchs auf Jahre keine Chance an der Universität geben werde, da die Haushalte stagnierten. Er unterbreitete ein Finanzierungsmodell für zeitlich befristete Professuren ohne Ausstattung, dem sich die Kultusministerkonferenz und andere wissenschaftspolitische Institutionen anschlossen.

43 Interview mit Anke Brunn anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Netzwerks Frauenforschung NRW, Universität Paderborn, 11.11.2011.

44 Vgl. Anke Brunn, Ungeduld – und langer Atem. Grußwort der Wissenschaftsministerin (NRW) a. D., in: Carola Bauschke-Urban/Marion Kamphans/Felizitas Sagebiel (Hg.), Subversion und Intervention. Wissenschaft und Geschlechter(un)ordnung, Opladen/Farmington Hills 2010, S. [XI]–XIII, hier S. XII.

lären Stellenplan wies ihnen das Ministerium Mittel aus Hochschulsonderprogrammen zu.

Die Ministerin trennte im weiteren politischen Gestaltungsprozess die im AK Wissenschaftlerinnen noch zusammen gedachte „Frauenförderpolitik“ als Steuerungsinstrument von der Förderung des „Forschungsfeldes Frauenforschung“, dessen Innovationsgehalt sie aufrief, um es als inhaltliche Wissenschaftsreform zu vermitteln und zu fördern.

Die Verdichtung zu „Frauenforschung“ ermöglichte es Anke Brunn, angesichts des in den 1980er Jahren nachweisbaren Mangels an wissenschaftlich erarbeitetem Wissen über „Leben und Arbeit von Frauen in der Gesellschaft“ die Förderung von Forschung in diesem defizitären Bereich systemimmanent mit dem Innovationspotential und einer Qualitätssteigerung von Wissenschaften politisch zu begründen.

## 8. Tödliche Bewährungsprobe

Seit Ende der 1980er Jahre wurde die Frage der Hochschulautonomie bundesweit eng mit der Debatte um die Einführung neuer Leitungsstrukturen und Globalhaushalte sowie die Schaffung von Wettbewerb zwischen den Hochschulen verknüpft.<sup>45</sup> In Nordrhein-Westfalen war diese „Funktionalreform“ genannte Neuordnung äußerst umstritten, denn sie bedrohte alle eingespielten Mikro- und Makro-Ordnungen der Organisation Hochschule mit ihren autoritativen und materiellen Positionierungen. „Geschlecht“ fungierte in den universitären Konfliktfeldern als bewährte gewichtige Kapitalsorte, als ein „Master-Status“<sup>46</sup> – schließlich ging es darum, dass für jede Frau, die durch Förderung eine Stelle bekam, ein Mann keine Stelle bekam. Darin lag der Zündstoff von Frauenförderpolitik als politischem Steuerungselement. Die Förderung von Frauenforschung als bislang unterrepräsentiertes Feld einer auf internationalen Anschluss bedachten Wissenschaft ließ sich deshalb wesentlich geschmeidiger vermitteln als eine Frauenförderpolitik, die die auf ihre Autonomie bedachten Hochschulen durch gesetzliche Vorgaben herausforderte.

45 Vgl. Hochschulrektorenkonferenz (Hg.), Konzept zur Entwicklung der Hochschulen in Deutschland. Einstimmiger Beschluß des 167. Plenums der Hochschulrektorenkonferenz, Bonn 6. Juli 1992 (Dokumente zur Hochschulreform 75/1992), Bonn 1992, S. 41 f.

46 Sabine Hark, Dissidente Partizipation, Frankfurt a. M. 2005, S. 189; vgl. auch Margaret Rossiter, Der Matthäus-Mathilda-Effekt in der Wissenschaft, in: Wobbe, Vorderbühne (wie Anm. 3), S. 191–210.

Die Haltung der Hochschulen zur Frauenförderpolitik lässt sich luzide an einer Debatte nachzeichnen, die der Soziologe Niklas Luhmann mit seiner Einschätzung eröffnete, von der Frauenförderpolitik gehe eine „tödliche Bewährungsprobe“ für die Universität aus. Die Formulierung – die er im Nachhinein als „zugegebenermaßen rhetorisch etwas harsch“ abmilderte, während er inhaltlich bei der Aussage blieb – stammt aus einem Vortrag, den er 1987 auf der Tagung „Zukunft der Hochschule – Zukunft der Wissenschaftler“ gehalten hatte. Sein Thema war das Spannungsverhältnis von Organisation und Freiheit in der Hochschule, das sich mehr und mehr in Richtung Organisation der Hochschule verschiebe. Die Freiheitsspielräume würden zunehmend enger und das geltende Selbstverwaltungsprinzip unterlaufen. Die Frauenpolitik stelle eine den Hochschulen aufgezwungene Intervention von außen dar, die Ermessensspielräume immer stärker administrativ überforme und Freiheitsspielräume empfindlich zugunsten der Organisation einschränke, denn gerade in der Berufungspolitik, die nun durch gesetzliche Gleichstellungsvorgaben reglementiert werden würde, hätten die Hochschulen bislang noch in gewissem Rahmen freien Gestaltungsraum gehabt.<sup>47</sup>

Was ihm als „dichte Überwachung“<sup>48</sup> der Berufungsverfahren erschien, galt der hochschulpolitischen Frauenbewegung als Schaffung von „Transparenz“ durch die Einrichtung von Frauenbeauftragten. Systemtheoretisch abgeleitet weist sein Argument durchaus Plausibilität auf. Dass er gerade das Beispiel der Frauenpolitik als Beispiel für die Bedrohung der Hochschule nahm, ist angesichts der zeitgleichen Diskussion um Frauenbeauftragte kein Zufall und verweist auf den Druck, den Frauenförderung und Frauenforschungsförderung auszuüben vermochte.

## 9. Schluss

Die hier für die Zeit von Mitte der 1970er bis zum Beginn der 1990er Jahre beschriebene Besitzergreifung des Raumes Hochschule durch eine hochschulpolitische Frauenbewegung in Nordrhein-Westfalen lässt sich auch im Bild von drei Bühnen zusammenfassen, auf denen sich inmitten verschärfter Verteilungskämpfe, hochschulpolitischer Entscheidungen, abgelagerter Vorstellungen über akademische Kultur und innerhalb weitgehend festgezurrtter Ver- und Einteilungen ein Drama abspielte.<sup>49</sup>

47 Niklas Luhmann in: Wissenschaftlerinnen-Info Nr. 9 (1988), S. 86–90, hier S. 87.

48 Ebd., S. 88.

49 Die Argumentation folgt hier Sabine Hark, Partizipation (wie Anm. 46), S. 184–191.

Auf der Vorderbühne galt das Drehbuch der Gesetze und Vorschriften: die zunehmend kodifizierte und institutionalisierte Norm der Gleichbehandlung von Frauen und Männern ebenso wie die der wissenschaftlichen Leistung, die nur nach ihrem Inhalt und nicht nach ihren Urhebern bewertet wird. Die Hinterbühne hingegen war der Ort, an dem diese formalen Regeln im informellen Umgang miteinander immer wieder verhandelt wurden, an dem die Passfähigkeit von Bewerberinnen und Bewerbern begutachtet, Konformität und Kohäsion klassifiziert, Exzellenz abgeschrieben oder anerkannt wurden. Hier spielten die geheimen Mechanismen der Macht, die die Vergeschlechtlichung des Raumes in Bewegung hielten. Quer zu diesen beiden Bühnen lag schließlich die Unterbühne, das energetische Reservoir, aus dem die Kämpfe auf Vorder- und Hinterbühne gespeist wurden. Hier blühten Ängste und Befürchtungen, Eitelkeiten und Borniertheiten, Klatsch und Verleumdungen. Hier entfaltete die Mikrophysik der Gefühle all ihre Psychodynamik bei der Verteilung von Raum – und dies unabhängig von biologischen Geschlechtszuschreibungen.

Trotz dieses Dramas verzeichneten Wissenschaftlerinnen dank ihres eigenen Arbeitskreises und ministerieller Netzwerkförderung durch Sondermittel Stück um Stück Raumgewinne im Wissenschaftsbetrieb. In stürmischen Zeiten von Überleitungsverfahren und Funktionalreform, später von Qualitätspakt und Zielvereinbarungen, also inmitten harscher Verteilungskämpfe, gelang ihnen eine Institutionalisierung und Professionalisierung des Netzwerks. Es konnte sich als formierende Wissenschaftsinstitution auf dem Feld der Geschlechtergerechtigkeit an Hochschulen etablieren. Dies gelang nicht zuletzt, weil sich die Akteurinnen im Laufe der Zeit – nicht unproblematisiert – von frauenbewegter Emphase verabschiedeten. Sie machten sich die ökonomischen Argumente zu eigen, die die Bildungspolitik nunmehr legitimier(t)en: So argumentierten sie nun, Frauenförderung und Frauenforschung – Genderforschung<sup>50</sup> – sei notwendig, um die Potenziale und Ressourcen der Hochschulen möglichst optimal auszuschöpfen.

Am Beispiel des „Netzwerks Frauen- und Geschlechterforschung NRW“ lässt sich zeigen, wie aktive Frauen im realen und im übertragenen Sinne Räume erschlossen, vermaßen und durchschritten: den Raum der Hochschule, den des Ministeriums, den der Wissenschaftspolitik und den der Wissensgewinnung. Gleichzeitig deckten sie empirisch gesättigt und analytisch geleitet

50 Die semantische Verschiebung von „Frauen-“ über „Geschlechter-“ bis zu „Genderforschung“ ist selbst ein Untersuchungsfeld für historischen Wandel im Spannungsfeld von Raum und Geschlecht. Vgl. dazu eine erste, historische argumentierende Skizze: Uta C. Schmidt, Zur „Frühgeschichte“ der Gender Studies in NRW, in: Journal Netzwerk Frauen- und Geschlechterforschung NRW, Nr. 32 (2013), S. 33–43.

auf, wie „Geschlecht“ als Masterstatus im Raum der Hochschule funktioniert(e), wie es dabei immer wieder neu diskursiv konstruiert und hervorgebracht wurde und wird: Sie etablierten es als soziale und historische Kategorie. Seit Anfang der 1980er Jahre transformierten sich Sinn- und Deutungskulturen, Klassifizierungen und Sprachregelungen um das Feld „Frauenforschung“ und „Frauenförderung“, nicht nur, aber auch durch die Aktivitäten des Netzwerks. Im System Hochschule wirkt der Masterstatus „Geschlecht“ gleichwohl weiterhin – allerdings anders als in den 1970er Jahren. Dazu bieten die vom Netzwerk Frauen- und Geschlechterforschung 2010 und 2013 vorgelegten, über 400 Seiten starken „Genderreports“<sup>51</sup> empirische Belege aus Nordrhein-Westfalen und vielschichtige Quellen für weitergehende Analysen.

51 Vgl. Zweiter Gender-Report 2013 (wie Anm. 2); Erster Gender-Report 2010 (wie Anm. 2).

